PROTOKOLL

über die 13. ordentliche Sitzung des Gemeinderates

der Stadt Steyr

am Donnerstag, 19. Mai 2011, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Gerald Hackl als Vorsitzender

VIZEBÜRGERMEISTER:

Gerhard Bremm
Gunter Mayrhofer
Walter Oppl

STADTRÄTE:

Wilhelm Hauser
Ingrid Weixlberger
Markus Spöck (ohne GR Mandat)
Dr. Helmut Zöttl

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler
Rudolf Blasi
Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner
Roman Eichhübl
OAR Ernst Esterle
Helga Feller-Höllner
MMag. Michaela Frech
Monika Freimund
Mag. Wolfgang Glaser
Michaela Greinöcker
Mag. Elisabeth Gruber
Ing. Wolfgang Hack
Kurt-Werner Haslinger
Beatrix Hesselberger

Rosa Hieß

TOAR Ing. Franz-Michael Hingerl

Josef Holzer

Thomas Kaliba

Mag. Reinhard Kaufmann

Ing. Kurt Lindlgruber

Florian Schauer

Dr. med. Michael Schodermayr

BeD Birgit Schörkhuber

Rudolf Schröder

SR Mag. Erwin Schuster

Ursula Voglsam

Eva-Maria Wührleitner

VOM AMT:

MD OSR Dr. Kurt Schmidl

SR Mag. Helmut Lemmerer

SR Mag. Dr. Manfred Hübsch

SR Dr. Martina Kolar-Starzer

Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT:

Dir. OStR Mag. Gerhard Klausberger

Silvia Thurner

PROTOKOLLFÜHRER:

Brigitte Schwarz

Die ordnungsgemäße Einladung erfolgte gemäß § 18 (1a) GOGR

zu wecken und Unternehmen auf das Potenzial der Mädchen aufmerksam zu machen. Der Magistrat Steyr und die Städtischen Betriebe haben sich heuer zum siebenten Mal in Folge am Girls´ Day beteiligt. Insgesamt waren in diesen sieben Jahren 85 Mädchen dabei.

Wirtschaftspark Stadtgut: Autohaus Öllinger erweitert

Nach einem Jahr Stillstand, verursacht durch die Wirtschaftskrise, zeigt der Trend im Wirtschaftspark Stadtgut wieder nach oben. Vor kurzem hat das Autohaus Öllinger, bereits seit 2006 im Stadtgut ansässig, 4350 Quadratmeter Grund für eine Erweiterung des Betriebes gekauft. Geschäftsführer Gerhard Öllinger kündigte auch an, dass durch den Ausbau zusätzliche Mitarbeiter aufgenommen werden.

Der Wirtschaftspark Stadtgut besteht nun seit fast zehn Jahren. Seither haben sich bereits 43 Unternehmen mit mehr als 1200 Mitarbeitern angesiedelt. Neben der hervorragenden Lage sind die hochwertige Infrastruktur und die rasche Abwicklung der Genehmigungsverfahren wichtige Argumente für den Standort. Mag. Ortner rechnet mit weiteren Ansiedlungen und Erweiterungen im heurigen Jahr.

Benefizaktion in Steyr: Yoga für Japan

Nach der verheerenden Erdbebenkatastrophe in Japan setzen nun Yogalehrende und Yogaübende ein Zeichen von Verbundenheit, Mitgefühl und Solidarität: In einer Kooperation von der Volkshochschule Steyr und vom Trainingszentrum Inn-bewegung wurden am Donnerstag, 26. Mai, ab 18.30 Uhr Yogastunden in Steyr angeboten. Für eine Spende von mindestens 10 Euro pro Einheit konnte man an diesen Übungsstunden teilnehmen. Die Spendengelder gingen zu 100 Prozent an die Japanhilfe des Roten Kreuzes. Die Yogastunden fanden im Gymnastiksaal der Promenadenschule statt. Anmeldung und Infos unter office@innbewegung.at.

Lern-Computer für städtische Kindergärten

Bereits seit mehreren Jahren ist IBM Linz darum bemüht, Kindern im Vorschulalter spielerisch den Umgang mit einem PC zu vermitteln. Das Unternehmen spendete Lerncomputer für Kinderbetreuungseinrichtungen in Oberösterreich. In diesem Jahr gab es für Steyr wieder drei KidSmart-Computer. Aufgestellt wurden sie in den städtischen Kindergärten Marxstraße, Grandyplatz und Punzerstraße. Es ist sehr erfreulich, dass Kinder im Vorschulalter mit Informationstechnologien vertraut gemacht werden. Mit der Übergabe der neuen Lerncomputer sind nun schon in dreizehn Steyrer Kindergärten derartige Geräte im Einsatz.

Dr. Schodermayr ist Botschafter des Ehrenamtes

Der Gemeinderatskollege Dr. Michael Schodermayr ist für sein Engagement als ärztlicher Leiter und Vorstandsmitglied der Steyrer Hilfsorganisation „Allianz für Kinder“ von Sozialminister Rudolf Hundstorfer zum Botschafter des Ehrenamtes ernannt worden. Dr. Schodermayr steht damit in einer Reihe mit Barbara Stöckl, Marika Lichter, Franz Küberl, Alfons Haider, Andreas Khol, Adi Hirschal und Thomas Brezina.

Die Europäische Union hat das Jahr 2011 zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit erklärt.

Steyrer Gesundheitsmarkt am 21. Mai

Das Steyrer Marktamt organisierte am Samstag, 21. Mai von 9 bis 14 Uhr einen Gesundheitsmarkt in der Fußgängerzone auf dem Stadtplatz. Angeboten wurden kostenlose Seh- und Hörtests, man konnte sich über gesunde Ernährung informieren, Experten gaben Tipps rund um das Thema Fitness und Bewegung sowie Kosmetik und Körperpflege.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im April 2011 betrug 5,4% und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,4 % niedriger. Auch gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 1,9 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im April 2011 2.174. Personen Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 7,1% (d.s. 165 Personen) und auch gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 24,5 % (d.s.706 Personen).

Im April 2011 waren 727 offene Stellen gemeldet, das waren im Vergleich zum Vormonat um 99 Stellen weniger und gegenüber dem Vorjahr um 232 Stellen mehr.

Zu Pkt. 4) AKTUELLE STUNDE

Keine beantragt

Zu Pkt 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES

GHJ2-19/11 Kanalsanierung VS Plenkberg.

Zu Pkt. 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

- 1) Präs-724/11 Richtlinien über ein Verbesserungsvorschlagswesen beim Magistrat der Stadt Steyr

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

- 2) Fin-24/11 Tarifordnung für den Mehrzwecksaal Resthof
- 3) Fin-125/10 Bedarfszuweisungsmittel für das Museum Arbeitswelt; Weiterleitung einer Landesförderung

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

- 4) Fin-72/11 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Landesdarlehen für die Bauabschnitte 01 – 19; Beschluss des Amtes der OÖ. Landesregierung; Änderung der Darlehensbedingungen

- 5) Fin-259/09 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluss 2010; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

- 6) ÖAG-3/11 Abschluss eines Kaufvertrages mit Herrn Ing. Ulrich Zedrosser über das Grundstück 206/1, KG Jägerberg.
- 7) ÖAG-4/11 Abschluss eines Kaufvertrages mit der Öllinger Vermögensverwaltung GmbH über das Gst. 720/53, EZ. 965, GB Gleink
- 8) GHJ2-10/11 Sanierung von einer Damen- und einer Knaben-WC-Anlage Hauptschule Promenade.
- 9) GHJ2-6/11 Sanierung von zwei Damen- und zwei Knaben-WC-Anlagen Volksschule Ennsleite
- 10) JW-13/09 Vereinbarung mit dem Land OÖ über die Kostentragung des sozialen Dienstes „Schule und Sozialarbeit“ im Rahmen der öffentlichen Jugendwohlfahrt der Stadt Steyr

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

- 11) Umw-4/98 Richtlinie zur Förderung von Solaranlagen; Neufassung.
- 12) Umw-25/09 Umweltbericht 2009/2010
- 13) Stw-54/11 Gas Handel, Erdgaspreisveränderung per 01.07.2011 aufgrund gestiegener Einkaufspreise (Basis = Prognose Econ Gas von 2-2011)
- 14) Abfall-20/10 Mülldeponie der Stadt Steyr; Sicherstellung gem. § 47 der Deponieverordnung 2008; Abstimmungserfordernis gem. § 18 Abs. 3 Zif. 7 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, Genehmigungspflicht gem. § 78 Abs. 1 Zif. 3 leg. cit.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MARKUS SPÖCK:

- 15) BauBrüP-3/11 Verbreiterung der Zieglerbrücke; Änderung der Zahlungsmodalität; Dringlichkeit
- 16) BauBrüP-2/11 Eisenbahnbrücke Garsten; Gehweg; Erneuerung des Korrosionsschutzes und Neubedielung
- 17) K-1/11 Maßnahmen zur Ortbildpflege 2011; „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“; „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“

BERICHTERSTATTERIN STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

18)	SH-441/00	Verlassenschaft Maria Heiligenmann; Ausstellung einer Löschungserklärung; Forderungsverzicht
19)	Fin-44/11	OÖ. Hilfswerk, Tageszentrum Ennsleite; Subventionsansuchen für das Jahr 2011
20)	Fin-42/11	Volkshilfe Steyr; Tageszentrum „Lichtblick“ Münchenholz; Subventionsansuchen für den laufenden Betrieb 2011
21)	Fin-31/11	Festlegung des Bedarfes an privaten Kindergartenplätzen für die Kindergartenjahre 2010/11 und 2011/12.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:

22)	VerkR-421/11	Novellierung der Parkgebührenverordnung der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

1) Präs-724/11 Richtlinien über ein Verbesserungsvorschlagswesen beim Magistrat der Stadt Steyr

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Personalverwaltung vom 22.03.2011 wurde die beiliegende Richtlinie über das Verbesserungsvorschlagswesen beschlossen.

**Richtlinien über ein Verbesserungsvorschlagswesen
beim Magistrat der Stadt Steyr**

I. Geltungsbereich

Die Richtlinien über ein Verbesserungsvorschlagswesen beim Magistrat der Stadt Steyr gelten für alle beim Magistrat der Stadt Steyr einschließlich der städtischen Unternehmungen in einem aktiven Dienstverhältnis beschäftigten Dienstnehmer einschließlich der Lehrlinge und Praktikanten. Das Verbesserungsvorschlagswesen kann sich auf alle Gebiete und Tätigkeiten im Bereich der städtischen Verwaltung, Unternehmungen und Dienstleistungen beziehen.

II. Ziele des Verbesserungsvorschlagswesens

Ziel des Verbesserungsvorschlagswesens ist es, die Organisation des Magistrates der Stadt Steyr einschließlich der städtischen Unternehmungen oder die Erfüllung der Aufgaben zu vereinfachen, effizienter zu machen oder wirtschaftlicher zu gestalten.

Besonders wichtig und willkommen sind Anregungen, die zur Verbesserung des Dienstes am Bürger, Erhöhung der Sicherheit, Kosteneinsparung, Verminderung des Arbeitsaufwandes und Verkürzung von Arbeitsvorgängen beitragen.

Weiters dient das Verbesserungsvorschlagswesen dazu, durch die Möglichkeit, den Arbeitsplatz und das Arbeitsplatzumfeld aktiv mit zu gestalten, die Motivation und Identifikation der Bediensteten mit dem Magistrat der Stadt Steyr zu erhöhen.

III. Begriff „Verbesserungsvorschlag“

Verbesserungsvorschläge sind solche Vorschläge, die von Bediensteten des Magistrates der

Stadt Steyr ohne Auftrag der Dienstvorgesetzten ausgearbeitet wurden und die eine Verbesserung der üblichen Arbeitsvorgänge der Verwaltung und Dienstleistungen einschließlich der betrieblichen Einrichtungen (z.B. Rationalisierung, Kosteneinsparungen, Koordinierung und Beschleunigung der Verwaltungsabläufe, Vereinfachung und Verbesserung des Bürgerservices) erwarten lassen.

Die Ausarbeitung von Verbesserungsvorschlägen in der Dienstzeit ist, soweit dadurch der Dienst nicht beeinträchtigt wird, zulässig. Der Bedienstete, der einen Verbesserungsvorschlag erstatten will, hat das Recht, sich darüber mit seinem Dienstvorgesetzten zu beraten. Verhandlungen mit Firmen und/oder Organisationseinheiten anderer Behörden bzw. Ämter sind ohne dienstlichen Auftrag jedoch unzulässig.

Nicht als Verbesserungsvorschläge gelten:

- a) Vorschläge, die die Änderung gesetzlicher Regelungen oder die Verbesserung der Verwaltung anderer öffentlicher oder privater Einrichtungen zum Ziel haben.
- b) Vorschläge, die über eine bloße Kritik ohne konkrete Lösungsvorschläge nicht hinausgehen.
- c) Vorschläge, die bereits früher von anderer Seite im Gegenstande eingebracht wurden.

Vorschläge gem. lit. a) und b) sind aber dennoch im Interesse einer gut funktionierenden Verwaltung und Dienstleistung erwünscht und bei entsprechender Bedeutung in angemessener Form außerhalb des Verbesserungsvorschlagswesens zu prämiieren.

IV. Form der Verbesserungsvorschlagsvorschläge, Einreichung

Die Abfassung eines Verbesserungsvorschlages ist an keine bestimmte Form gebunden. Das Einbringen von Verbesserungsvorschlägen kann schriftlich – nach Wahl des Einreichers entweder direkt (also nicht im Dienstwege) oder im Wege eines Dienstvorgesetzten im Büro für Ideenmanagement erfolgen.

Das Büro für Ideenmanagement erteilt auch alle Auskünfte im Zusammenhang mit dem Verbesserungsvorschlagswesen, bietet Unterstützung bei allfälligen Schwierigkeiten mit einer schriftlichen Formulierung eines Verbesserungsvorschlages.

Gruppenvorschläge sind von allen Einreichern der einreichenden Gruppe zu unterschreiben. Wird ein derartiger als Gruppenvorschlag eingereichter Verbesserungsvorschlag prämiert, so wird die Prämie entweder zu gleichen Teilen oder zu den von den Einreichern selbst gewählten Prämienanteilen ausbezahlt.

Die Vorschläge werden ab Einlangen im Büro für Ideenmanagement anonymisiert zur weiteren Bearbeitung weitergeleitet und erst nach der Prämierung wieder personalisiert.

Anonyme – nur durch ein Kennwort gekennzeichnete – **Vorschläge** sind zulässig. Eine Prämierung ist bei solchen Vorschlägen nur dann möglich, wenn der Bedienstete den Verbesserungsvorschlag in Form einer Kopie eingereicht hat und innerhalb eines Jahres nach Einreichung des Vorschlages seine Urheberschaft durch Vorlage des Originals des eingereichten Verbesserungsvorschlages geltend macht.

V. Bearbeitungsverfahren

Die beim Büro für Ideenmanagement eingelangten Verbesserungsvorschläge werden registriert, der Eingang des Verbesserungsvorschlages ist dem Einreicher – sofern dieser bekannt ist – schriftlich zu bestätigen.

In weiterer Folge werden durch das Büro für Ideenmanagement die für eine hinreichende Beurteilung der Prämierungswürdigkeit eines eingereichten Verbesserungsvorschlages erforderlichen Stellungnahmen, Unterlagen und Gutachten eingeholt. Im Anschluss daran wird der entscheidungsreife vorbereitete Verbesserungsvorschlag der Prämierungskommission vorgelegt.

Die Entscheidungen der Prämierungskommission sind dem Einreicher schriftlich mitzuteilen. Eine Ablehnung des eingereichten Verbesserungsvorschlages ist hinreichend zu begründen.

Der Einreicher hat darüber hinaus den Anspruch, auf Verlangen in angemessenen Zeitabständen über den Stand der Bearbeitung durch das Büro für Ideenmanagement informiert zu werden.

VI. Prämierung

Aufgrund des Ergebnisses der Bearbeitung durch das Büro für Ideenmanagement hat die Prämierungskommission einen Vorschlag hinsichtlich der Realisierung und Prämierung an den Stadtsenat zu erstatten, wobei für jeden angenommenen Verbesserungsvorschlag die Bewertungsfaktoren genau zu prüfen sind.

Als Bewertungskriterien gelten insbesondere

- a) Ausarbeitung des Verbesserungsvorschlages
- b) Neuartigkeit des Verbesserungsvorschlages
- c) Wert für den Magistrat der Stadt Steyr
- d) Durchführbarkeit

Entsprechend diesen Bewertungskriterien werden alle Verbesserungsvorschläge prämiert, die als zweckdienlich verwirklichtbar angenommen werden.

Die Höhe der Prämie richtet sich nach dem jährlichen Einsparungsvolumen und der Bedeutung des Verbesserungsvorschlages für die Stadt Steyr und beträgt davon einmalig 10 %. In besonderen Fällen können auch mehr als 10 % des jährlichen Einsparungsvolumens gewährt werden.

Die Prämien stellen brutto für netto auszuzahlende Belohnungen im Sinne des § 47 Abs. 3 Z. 3 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 dar und unterliegen der Beschlussfassung durch den Stadtsenat der Stadt Steyr.

Sollte ein Verbesserungsvorschlag an sich brauchbar sein, jedoch aus bestimmten Gründen als nicht zweckdienlich verwirklichtbar qualifiziert werden, erhält der Einreicher ein Anerkennungsschreiben, welches im Personalakt zu hinterlegen ist und ein Anerkennungsgeschenk. Verbesserungsvorschläge, die als patentfähige Erfindung beurteilt werden, werden der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten zur weiteren Behandlung übergeben. Wird kein Patent erteilt, so wird die eingereichte Idee als Verbesserungsvorschlag im Sinne dieser Richtlinien weiterbehandelt. Im Falle der Erteilung eines Patentbeschlusses ist nach dem Patentgesetz weiter zu verfahren.

Wird ein abgelehnter Verbesserungsvorschlag innerhalb eines Zeitraumes von 3 Jahren nach Einreichung doch noch verwirklicht, so wird dem Einreicher nachträglich die Prämie zuerkannt. Wird ein Verbesserungsvorschlag angenommen (Belohnung oder Anerkennung), so hat die Übergabe der Belohnung oder Anerkennung in feierlicher Form durch Überreichung eines Auszeichnungsdekretes durch den Bürgermeister im Rahmen der beim Magistrat der Stadt Steyr üblichen Beförderungsfeier zu erfolgen. Eine Gleichschrift dieses Auszeichnungsdekretes ist dem Personalakt beizuschließen.

VII. Veröffentlichung

Dem Finanz-Rechts- und Wirtschaftsausschuss ist halbjährlich eine Statistik über das letzte Halbjahr vorzulegen.

VIII. Prämierungskommission

Die Prämierungskommission besteht aus

- a) dem Leiter des Büros für Ideenmanagement mit beratender Stimme
 - b) dem Fachabteilungsleiter für Präsidialangelegenheiten
 - c) dem Leiter der Personalabteilung
 - d) einem Mitglied der Personalvertretung
- und wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden.

Jedes Mitglied der Prämierungskommission ist berechtigt, im Falle seiner Verhinderung einen Vertreter zu entsenden. Der Leiter des Büros für Ideenmanagement ist Schriftführer der Prämierungskommission. Erforderlichenfalls können über Antrag eines jeden Mitgliedes der Prämierungskommission, über Entscheidung des Vorsitzenden, zu den Sitzungen der Prämierungskommission auch andere für ein bestimmtes Gebiet besonders fachkundige Bedienstete der Stadt Steyr allenfalls aber auch Sachverständige, die nicht Bedienstete der Stadt Steyr sind, mit beratender Stimme beigezogen werden. Verlangen mehr als die Hälfte der Mitglieder der Prämierungskommission die Beiziehung eines fachkundigen Bediensteten, so ist dieser jedenfalls beizuziehen.

Der Einreicher eines Verbesserungsvorschlages ist von der Prämierungskommission anzuhören, falls er es wünscht und/oder die Prämierungskommission seine Anhörung für zweckdienlich erachtet.

Die Sitzungen der Prämierungskommission sind nach Bedarf jedenfalls aber halbjährlich nach Einlangen des Verbesserungsvorschlages vom Vorsitzenden einzuberufen.

Die Mitglieder der Prämierungskommission können innerhalb einer Woche vor einer Sitzung die für die Behandlung vorgesehenen anonymisierten Akten im Büro für Ideenmanagement einsehen. Alle Beratungen sind streng vertraulich.

Mitglieder der Prämierungskommission haben sich der Behandlung eines Vorschlages, den sie selbst eingebracht haben oder an dessen Entstehen sie beteiligt waren, der Ausübung ihrer Funktion zu enthalten und das Sitzungszimmer zu verlassen. Ebenso ist vorzugehen, wenn sonstige wichtige Gründe vorliegen, die geeignet sind, die volle Unbefangenheit eines Mitgliedes der Prämierungskommission in Zweifel zu ziehen.

Über jede Sitzung ist ein Protokoll anzufertigen, das jedenfalls folgendes zu enthalten hat:

- _ Zeit und Ort der Sitzung
- _ die anwesenden Mitglieder
- _ die Beratungsgegenstände
- _ die in der Sitzung gestellten Anträge und die gefassten Beschlüsse
- _ die für eine negative Beurteilung maßgebenden Gründe sowie
- _ die Meinungen jener Mitglieder, deren Auffassung der Vorsitzende bei fehlender Stimmenmehrheit nichtbeigetreten ist.

Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und vom Berichterstatter zu unterfertigen. Jedes Mitglied hat das Recht, in das Sitzungsprotokoll innerhalb von 4 Wochen nach der Sitzung Einsicht zu nehmen. Ausfertigungen und Abschriften des Protokolls sind nicht anzufertigen.

Die Prämierungskommission ist beschlussfähig, wenn der Vorsitzende und mindestens zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder oder deren Ersatzmitglieder anwesend sind. Zu einem gültigen Beschluss ist die einfache Stimmenmehrheit erforderlich. Die Stimmabgabe erfolgt mündlich. Der Vorsitzende stimmt mit und gibt seine Stimme zuletzt ab. Bei Stimmengleichheit gilt die Meinung zum Beschluss erhoben, für die der Vorsitzende gestimmt hat.

IX. Information

Der Inhalt dieser Richtlinien ist jedem Bediensteten zur Kenntnis zu bringen. Die Bediensteten des Magistrates sind regelmäßig in geeigneter Weise zur Mitwirkung im Rahmen des Verbesserungsvorschlagwesens einzuladen.

Diese Richtlinien treten am 01. Juni 2011 in Kraft. Gleichzeitig treten alle bisherigen Richtlinien betreffend ein Verbesserungsvorschlagwesen beim Magistrat der Stadt Steyr außer Kraft.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

2) Fin-24/11

Tarifordnung für den Mehrzwecksaal Resthof.

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Schule und Sport vom 08. April 2011 wurde den Tarifen für die Benützung des Mehrzwecksaals Resthof entsprechend dem im zitierten Amtsbericht unterbreiteten Vorschlag mit sofortiger Wirkung zugestimmt.

Maße: 15 x 27 x 5,5 m (Breite x Länge x Höhe) Boden: Kunststoff

A. Sportbetrieb Samstag, Sonntag u. Feiertage	Tarife pro Std. exkl. Ust.	Tarife pro Std. inkl. Ust.
1. Steyrer Sportvereine	€ 30,00	€ 36,00
B. Veranstaltungen Samstag, Sonntag u. Feiertage		
1. Vereine u. Organisationen (für Auf- u. Abbauzeiten werden lediglich 50% des VA-Tarifes verrechnet!)	€ 70,00	€ 84,00
	Tarife pauschal bzw. nach m ² exkl. Ust.	Tarife pauschal bzw. nach m ² inkl. Ust.
2. Transport des Schutzbodens auflegen incl.	€ 185,00	€ 222,00
3. Bühne je m ² inkl. Transport	€ 18,00	€ 21,60
Bei Nutzung der Büffeträumlichkeiten samt Geräte und Foyer zur Ausschank, ist die Reinigung dieser vom Veranstalter durchzuführen bzw. sind die Reinigungskosten laut Vorschreibung vom Mieter zu tragen!		
Politische Parteien und deren angeschlossene Organisationen sowie Steyrer Vereine haben bei Veranstaltungen ohne Eintrittsgebühren keinen Stundentarif zu entrichten!		

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichnen.
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **33**

SPÖ 17 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Gerhard Bremm; Vbgm. Walter Oppl; StR Wilhelm Hauser; StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; GR Rudolf Blasi; GR Ernst Esterle; GRⁱⁿ Helga Feller-Höller; GRⁱⁿ Monika Freimund; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Ing. Franz-Michael Hingerl; GR Thomas Kaliba; GR Dr.med. Michael Schodermayr; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder; GR Mag. Erwin Schuster;)

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer; GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech; GR Mag. Wolfgang Glaser; GR Ing. Wolfgang Hack; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam; GRⁱⁿ Eva-Maria Wührleitner

FPÖ 5 – (GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GRⁱⁿ Beatrix Hesselberger; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber)

GRÜNE 3 – (GR Kurt Apfelthaler; GRⁱⁿ Mag. Elisabeth Gruber; GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Ablehnung: ---

Stimmenthaltungen: **1**

FPÖ 1 – (StR Dr. Helmut Zöttl)

3) Fin-125/10

Bedarfszuweisungsmittel für das Museum Arbeitswelt; Weiterleitung einer Landesförderung.

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 23. März 2011, wurde der Weiterleitung der vom Land Oberösterreich gewährten Bedarfszuweisung in der Höhe von € 300.000,-- an das Museum Arbeitswelt, als Museumsförderung des Landes Oberösterreich für das Jahr 2011, zugestimmt.

Zu diesem Zweck wurde bei VAST 5/360000/777000 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von € 300.000,-- für das Rechnungsjahr 2011 genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch die Bedarfszuweisung in gleicher Höhe zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wurde der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 Abs. 5 Statut der Stadt Steyr 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Diskussionsbeiträge von:

Gemeinderat Roman Eichhübl

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

- 4) Fin-72/11 **Reinholdungsverband Steyr und Umgebung; Landesdarlehen für die Bauabschnitte 01 – 19; Beschluss des Amtes der OÖ. Landesregierung; Änderung der Darlehensbedingungen.**

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Reinholdungsverbandes Steyr und Umgebung vom 10.03.2011 wurde der Ausdehnung des tilgungsfreien Zeitraumes für im Rahmen des Reinholdungsverbandes Steyr und Umgebung aufgenommene Landesdarlehen im Zusammenhang mit der Ausführung der Bauabschnitte 01-19 bis 2013 entsprechend dem Beschluss der OÖ. Landesregierung, OGW-070000/764-2010-At/Al, zugestimmt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

- 5) Fin-259/09 **Reinholdungsverband Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluss 2010; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.**

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des beiliegenden Rechnungsabschlusses des Reinholdungsverbandes Steyr und Umgebung für das Jahr 2010, beschlossen in der Mitgliederversammlung vom 05. April 2011, wurde der Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr an den Reinholdungsverband Steyr und Umgebung zur Kenntnis genommen und der Auszahlung eines Restbetrages in der Höhe von € 885.069,18 inkl.USt. (€ 804.608,35 exkl.USt.) zugestimmt.

	inkl. 10% USt.	exkl. 10% USt.
Mitgliedsbeitrag 2010 gesamt (Steyr):	€ 3.016.209,18	€ 2.742.008,35
dv. Betriebskostenanteil	€ 2.045.672,16	€ 1.859.701,96
dv. Investitionskostenanteil	€ 970.537,02	€ 882.306,39
Akontozahlungen für 2010 bisher:	€ 2.131.140,00	€ 1.937.400,00
RESTZAHLUNG	€ 885.069,18	€ 804.608,35

Zu diesem Zweck wurde bei VAS 1/851000/754000 ein Betrag in der Höhe von € 804.608,35 (exkl.USt.) für das Rechnungsjahr 2011 freigegeben.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

- 6) ÖAG-3/11 **Abschluss eines Kaufvertrages mit Herrn Ing. Ulrich Zedrosser über das Grundstück 206/1, KG Jägerberg.**

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 21.03.2011 wurde dem Abschluss eines Kaufvertrages mit Herrn Ing. Ulrich Zedrosser, 4400 Steyr, Ortskai 34, über Grundstück 206/1, EZ 1200, Grundbuch Jägerberg, im katastermäßigen Ausmaß von 894 m² zum Kaufpreis von EUR 107.280,-- entsprechend dem beige-schlossenen Vertragsentwurf zugestimmt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

7) ÖAG-4/11

Abschluss eines Kaufvertrages mit der Öllinger Vermögensverwaltung GmbH über das Gst. 720/53, EZ. 965, GB Gleink.

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 06.04.2011 wurde dem Abschluss eines Kaufvertrages mit der Öllinger Vermögensverwaltung GmbH, 4470 Enns, Dr. Karl Renner Straße 19, über das Grundstück 720/53, Grundbuch Gleink, zum Kaufpreis von EUR 168.391,-- entsprechend dem beige-schlossenen Vertragsentwurf zu den dort festgehaltenen Bedingungen zugestimmt.
Gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 i.d.g.F. wurde der Magistrat der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Kaufvertrag

welcher am unten angesetzten Tage und Jahre zwischen der **Stadt Steyr**, vertreten durch das nach dem Statut für die Stadt Steyr zuständige Organ, 4400 Steyr, Stadtplatz 27, als Verkäuferin einerseits und der **Öllinger Vermögensverwaltung GmbH**, 4470 Enns, Dr. Karl Renner Straße 19, FN 269576 k, als Käuferin andererseits abgeschlossen wird wie folgt:

I.

Die Stadt Steyr ist Eigentümerin der Liegenschaft EZ 695, Grundbuch 49207 Gleink, mit dem darin vorgetragenen Grundstück 720/53 im Ausmaß von 4.352 m².

Die Stadt Steyr, im folgenden kurz Verkäuferin genannt, verkauft und übergibt nun mehr dieses Grundstück 720/53 so wie sie diese Liegenschaft bisher besessen und benützt hat bzw. zu besitzen und benützen berechtigt war an die Öllinger Vermögensverwaltung GmbH, 4470 Enns, Dr. Karl Renner Straße 19, nachfolgend kurz Käuferin genannt, und diese kauft und übernimmt den so beschriebenen Kaufgegenstand in ihr unbeschränktes und alleiniges Eigentum.

II.

Der Kaufpreis für das Grundstück 720/53 beträgt Euro 168.391,-- (in Worten: Euro einhundertachtundsechzigtausenddreihunderteinundneunzig) und ist von der Käuferin wie folgt zu entrichten:

Ein Teilbetrag von EUR 56.131,--(in Worten: Euro sechsfünfzigtausendeinund

dreißig) ist binnen 14 Tagen nach letztgültiger Unterfertigung dieses Kaufvertrages spesen- und abzugsfrei auf ein noch bekannt zu gebendes Konto der Verkäuferin zur Überweisung zu bringen.

Der verbleibende Restkaufpreis von EUR 112.260,-- (in Worten: Euro einhundertzwölftausendzweihundertsechzig) ist in zwei weiteren Teilbeträgen von je EUR 56.130,-- (in Worten: Euro sechsfundfünfzigtausendeinhundertdreißig) bis spätestens 15.06.2012 und 15.06.2013 von der Käuferin in der von der Verkäuferin gewünschten Weise zur Einzahlung zu bringen.

Für den Fall der verspäteten Zahlung eines Kaufpreisteilbetrages steht der Verkäuferin das Recht zu, Verzugszinsen in der Höhe des jeweils gültigen Satzes der Sekundärmarktrendite (SMR) samt einem Aufschlag von 4 % p.a. der Käuferin zu verrechnen.

Die Verkäuferin verzichtet ausdrücklich auf die Ausübung der Option im Sinne des § 6 Abs. 2 UStG, sodass für den gegenständlichen Kaufvertrag keine Umsatzsteuer anfällt.

III.

Die Vertragsparteien vereinbaren für die in den Jahren 2012 und 2013 zu zahlenden Kaufpreisteilbeträge eine Wertsicherung mit obligatorischer Wirkung. Als Mittel für die Berechnung der Wertbeständigkeit ist der von der Statistik Austria monatlich verlaubliche Index der Verbraucherpreise 2010 oder ein an dessen Stelle tretender Index heranzuziehen. Ausgangsbasis für die Berechnung der Wertbeständigkeit ist der für den Monat des Vertragsabschlusses noch zu verlaubliche Indexwert. Die Kaufpreisjahresraten ändern sich demnach in dem Ausmaß, in dem sich der Verbraucherpreisindex 2010 oder ein an dessen Stelle tretender Index gegenüber dem Ausgangsindex ändert, wobei zur Berechnung der Wertveränderung der von der Statistik Austria für den Monat der jeweiligen Ratenzahlung noch zu verlaubliche Wert heranzuziehen ist.

Die Käuferin räumt der Verkäuferin für die zum Zeitpunkt der Verbücherung dieses Rechtsgeschäftes noch offenen Kaufpreisteilbeträge das grundbücherlich einzutragende Pfandrecht ein und verpflichtet sich, die hierfür anfallenden Kosten zu tragen. Sie erteilt daher ihre ausdrückliche Einwilligung, dass aufgrund dieses Kaufvertrages und ohne ihr weiteres Wissen und Einvernehmen das Pfandrecht im Höchstbetrag von EUR 112.260,-- (in Worten: Euro einhundertzwölftausendzweihundertsechzig) im Lastenblatt der EZ 695, Grundbuch 49207 Gleink, zugunsten der Stadt Steyr einverleibt werden kann.

Es steht der Käuferin jedoch frei, der Verkäuferin anstelle der grundbücherlichen Sicherstellung eine Bankgarantie eines österreichischen Kreditinstitutes über die vertragsgemäße Abstattung des Kaufpreises vor Verbücherung des Rechtsgeschäftes vorzulegen. Dem zur Einverleibung berufenen Bezirksgericht ist die Vorlage einer Bankgarantie nicht nachzuweisen.

IV.

Kauf und Verkauf erfolgen mit allem tatsächlichen und rechtlichen Zugehör und mit allen Rechten und Pflichten, wie sie der Verkäuferin bisher zugestanden sind und sie berechtigt war, die kaufgegenständliche Fläche zu besitzen und zu benützen, unter Haftung derselben für die Geldlastenfreiheit des Kaufobjektes. Für ein bestimmtes Flächenausmaß, eine bestimmte Beschaffenheit oder Verwendbarkeit des Kaufobjektes leistet jedoch die Verkäuferin keine Gewähr.

Es ist der Käuferin bekannt, dass im Lastenblatt der EZ 695, Grundbuch 49207 Gleink, nachstehende den Kaufgegenstand betreffende Lasten einverleibt sind:

1 a 1561/1974

- DIENSTBARKEIT der elektrischen Hochspannungsleitung gem Pkt II – IV Dienstbarkeitsvertrag 1974-05-28 hins Gst 720/2 - hier 720/44 – für Oberösterreichische Kraftwerke Aktiengesellschaft
- b 2002/2002 Übertragung der vorangehenden Eintragung(en) aus EZ 183
 - c 563/2007 Teilung Gst 720/44 in Gst 720/53
- 2 a** 2966/1975 3786/2001
DIENSTBARKEIT der Erdgas-Hochdruckleitung Steyr (015) gem Pkt Zweitens Dienstbarkeitsvertrag 1973-06-01 hins Gst 717 719 – hier 720/44 – für Oberösterreichische Ferngas Gesellschaft mbH
- b 2002/2002 Übertragung der vorangehenden Eintragung(en) aus EZ 183
 - c 563/2007 Teilung Gst 720/44 in Gst 720/53
- 3 a** 3564/1992
DIENSTBARKEIT der Duldung einer elektrischen Leitung gem. Pkt. 1)2) Übereinkommen 1992-08-31 hins. 717 720/2 - hier 720/44 – für Österreichische Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft
- b 2002/2002 Übertragung der vorangehenden Eintragung(en) aus EZ 183
 - c 563/2007 Teilung Gst 720/44 in Gst 720/53
- 4 a** 4471/1992 3786/2001
DIENSTBARKEIT der Duldung der elektr. Erdkabelleitung hins. 720/2 – hier 720/44 – gem. Pkt. II. III. IV. Dienstbarkeitsvertrag 1992-07-16 samt Lageplan 1992-05 für Oberösterreichische Kraftwerke AG
- b 2002/2002 Übertragung der vorangehenden Eintragung(en) aus EZ 183
 - c 563/2007 Teilung Gst 720/44 in Gst 720/53

Die Käuferin hat diese Dienstbarkeiten ohne Anrechnung auf den Kaufpreis in ihre Duldungsverpflichtung zu übernehmen.

Der Käuferin ist weiters ausdrücklich bekannt, dass das Kaufobjekt im Grundwasserschongebiet liegt.

V.

Die Übernahme bzw. Übergabe des Kaufobjektes in den tatsächlichen Besitz und Genuss der Käuferin erfolgt mit dem Tage der letztgültigen Unterfertigung dieses Kaufvertrages. Von diesem Zeitpunkt an gehen auch alle Nutzungen, Lasten, Gefahr und Zufall auf die Käuferin über. Der einfacheren Verrechnung halber wird der der Vertragsunterfertigung folgende Monatserste als Stichtag für die Abrechnung der Steuern und öffentlichen Abgaben, die vom Kaufobjekt anfallen, bestimmt.

VI.

Die Käuferin verpflichtet sich, den von ihr auf dem Nachbargrundstück 720/44, Grundbuch 49207 Gleink, errichteten Gewerbebetrieb für KFZ-Handel samt Nebenbetrieben innerhalb von drei Jahren ab letztgültiger Unterfertigung dieses Kaufvertrages auf dem Kaufgegenstand auszudehnen und in Betrieb zu nehmen. Sollte dabei beabsichtigt sein, Baulichkeiten zu errichten, sind diese entsprechend einem mit der zuständigen Baubehörde nach inhaltlichen, technischen und umweltbezogenen Kriterien abgestimmten Projektkonzept herzustellen.

Zur Sicherstellung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt Steyr am Kaufobjekt folgende Rechte vor, bzw. werden ihr diese von der Käuferin eingeräumt und zwar:

Das Wiederkaufsrecht gemäß §§ 1068 ff des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches. Im Falle der Verletzung der vorgenannten Verpflichtung durch die Käuferin steht der Verkäuferin das Recht zu, das Kaufobjekt zu den in diesem Kaufvertrag angeführten Kaufpreis wiederum einzulösen. Die Käuferin ist in diesem Fall berechtigt, aber nicht verpflichtet, ihre Investitionen baulicher Art auf dem Kaufobjekt auf ihre Kosten, gegebenenfalls auch teilweise, zu

entfernen. Sollte die Käuferin solche Investitionen auf dem Grundstück belassen, steht ihr kein Recht auf Entschädigung zu.

Das Vorkaufsrecht gemäß §§ 1072 ff ABGB mit der Maßgabe, dass die Verkäuferin berechtigt ist, das Kaufobjekt zu den in diesem Vertrag vereinbarten Kaufpreis einzulösen.

Nach Übermittlung der Baufertigstellungsanzeige gemäß § 43 OÖ. BauO für das neu zu errichtende Gebäude an die Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten des Magistrates Steyr und Erfüllung aller übrigen Vertragsverpflichtungen verpflichtet sich die Verkäuferin, der Käuferin auf deren Wunsch und Kosten eine grundbuchsfähige Löschungserklärung zur grundbücherlichen Löschung der vorgenannten Rechte zu übergeben.

VII.

Die Verkäuferin räumt der Käuferin das unwiderrufliche Recht ein, auf den als Verkehrsflächen ausgewiesenen Grundstücken im Wirtschaftspark Stadtgut zu fahren und zu gehen, wobei dieses Recht nicht nur der Käuferin selbst, sondern auch Mitarbeitern, Kunden, Lieferanten, Besuchern, Mietern und allen sonstigen Personen zusteht, die ein berechtigtes Interesse haben, das kaufgegenständliche Grundstück zu erreichen. Die Verkäuferin erklärt weiters ausdrücklich, auch bei allfälligen Änderungen im Verlauf der öffentlich genutzten Straßen im Bereich des Wirtschaftsparkes immer eine dauernde und ausreichende Zufahrt zum vertragsgegenständlichen Grundstück aufrecht zu erhalten. Mit einer späteren Übernahme dieser öffentlich genutzten Verkehrsflächen in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes erlischt jedenfalls dieses entsprechend diesem Vertragspunkt normierte Recht der Käuferin.

Die Verkäuferin sichert der Käuferin zu, dass ihr aus der möglichen späteren Übernahme dieser Verkehrsflächen in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes keine wie immer gearteten Kosten erwachsen werden.

VIII.

Die Käuferin verpflichtet sich, mit der Wirtschafts- und Dienstleistungspark Steyr GmbH eine Vereinbarung über die internen Regelungen und Aufschließungen im Wirtschaftspark Steyr abzuschließen.

IX.

Die Vertragsparteien erklären in Kenntnis der Bestimmungen des § 934 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches, dass die in diesem Vertrag vereinbarte Leistung und Gegenleistung in einem ortsüblich angemessenen Verhältnis stehen und sie diesen Vertrag auch dann geschlossen hätten, wenn eine Verletzung über die Hälfte des wahren Wertes gemäß § 934 ABGB vorläge.

X.

Die Käuferin erklärt, dass der vorzitierte Rechtserwerb nach den Bestimmungen des OÖ Grundverkehrsgesetzes 1994 keiner Genehmigung durch die Grundverkehrsbehörde bedarf. Den Unterzeichneten sind im vollen Umfang die Strafbestimmungen des § 35 OÖ Grundverkehrsgesetz 1994 sowie allfällige zivilrechtliche Folgen einer unrichtigen Erklärung (Nichtigkeit des Rechtsgeschäftes, Rückabwicklung) bekannt.

XI.

Die Stadt Steyr stimmt einer Verpachtung des Kaufgegenstandes von der Käuferin an die Autohaus Oellinger Enns Steyr GmbH & Co KG, FN 124397 m, ausdrücklich zu.

XII.

Die mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung dieses Vertrages verbundenen Steuern, Gebühren und Kosten, insbesondere die Grunderwerbsteuer und die Eintragungsgebühr trägt die Käuferin. Hiezu wird festgehalten, dass der gegenständliche Kaufvertrag von der Verkäuferin errichtet wurde, die hierfür keinerlei Kosten in Rechnung stellen wird.

XIII.

Die Verkäuferin erteilt daher ihre ausdrückliche Einwilligung, dass aufgrund dieses Kaufvertrages und ohne ihr weiteres Wissen und Einvernehmen, jedoch nicht auf ihre Kosten in der **EZ 695, Grundbuch 49207 Gleink**, das Eigentumsrecht für

Öllinger Vermögensverwaltung GmbH, 4470 Enns, Dr. Karl Renner Straße 19, FN 269576 k, zur Gänze einverleibt werden kann.

XIV.

Dieser Kaufvertrag wird in einer Ausfertigung errichtet, die der Käuferin verbleibt. Die Verkäuferin erhält eine Abschrift.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen

8) GHJ2-10/11 Sanierung von einer Damen- und einer Knaben-WC-Anlage Hauptschule Promenade

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 10.03.2011 wurde den Auftragsvergaben für die Sanierung von einer Damen und einer Knaben WC Anlage in der Hauptschule Promenade, Promenade 16, an die

Fa. Klausriegler, Steyr – Installationsarbeiten (€ 30.446,27 inkl. USt.)
Fa. Schoiswohl, Steyr – Baumeisterarbeiten (€ 21.590,95 inkl. USt.)
Fa. Leutgeb, Steyr – Fliesenlegerarbeiten (€ 14.746,58 inkl. USt.)
Fa. Staudinger, Steyr – WC Trennwände (€ 5.348,40 inkl. USt.)
Fa. Seywaltner, Steyr – Malerarbeiten (€ 3.073,44 inkl. USt.)
zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird der Mittelfreigabe von € 75.200,00 inkl. USt. (fünfundsiebzigttausendzweihundert) bei der VA-Stelle 5/212000/010000 (Hauptschulen Gebäude) zugestimmt.

Diskussionsbeiträge von:

Stadtrat Dr. Helmut Zöttl

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

9) GHJ2-6/11 Sanierung von zwei Damen- und zwei Knaben-WC-Anlagen Volksschule Ennsleite

**andererseits
wie folgt:
Präambel**

1. Gesellschaftliche und lebensweltliche Veränderungsprozesse stellen das Schulsystem, insbesondere die Pflichtschulen, aber auch den öffentlichen Jugendwohlfahrtsträger heute vor völlig neue Integrations- und Förderaufgaben. Überforderte Eltern delegieren ihre Erziehungsaufgaben zunehmend an die Schule. Es fällt auf, dass immer mehr Kinder zu Hause die im gesellschaftlichen Leben wichtigen Grundkompetenzen nicht erlernen und in Folge dessen auch nicht mit den Anforderungen sekundärer Sozialisationsinstanzen wie Kindergarten und Schule zurecht kommen. Schulinterne Stützangebote und Angebote der außerschulischen Jugend- und Familienberatung alleine können die große Belastung der betroffenen Kinder und Jugendlichen oftmals nicht alleine auffangen.
Das Land Oberösterreich richtet daher SuSA entsprechend dem landesweit einheitlichen Konzept als sozialen Dienst ein, um durch das Zurverfügungstellen von Angeboten im Bereich der niederschweligen Beratung, der schulspezifischen Jugendhilfe sowie der Schul- und Sozialraumentwicklung eine Unterstützung der Kinder- und Jugendlichen, der Eltern sowie der Pädagog/Innen zur Förderung der sozialen Integration sowie zur Vermeidung drohender Gefährdungen Minderjähriger anbieten zu können.
In den Bezirken wird SuSA durch das Land Oberösterreich eingerichtet und betrieben. Im Wirkungsbereich der Städte mit eigenem Statut soll SuSA als sozialer Dienst (§ 12 JWG 1991) durch die Städte mit eigenem Statut gem. § 4 Abs. 5 OÖ. JWG selbst eingerichtet und betrieben werden.
2. Die Kosten von Sozialen Diensten im Sinne des § 12 Abs. 3 erster Satz JWG 1991, die durch das Entgelt der Empfänger oder deren Unterhaltsverpflichteten gemäß § 13 Abs. 1 JWG 1991 nicht abgedeckt sind, haben gemäß § 13 Abs. 2 JWG 1991 die Sozialhilfverbände und die Städte mit eigenem Statut zu tragen, deren Wirkungsbereich sich mit dem Sprengel der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde deckt.
Gemäß § 13 Abs. 4 JWG 1991 kann das Land den Sozialhilfverbänden bzw. den Städten mit eigenem Statut die Kosten, nach Maßgabe der im jeweiligen Voranschlag des Landes Oberösterreich vorgesehenen Mittel teilweise oder zur Gänze ersetzen.

§ 1

Allgemeine Vorbemerkung, Grundlagen der Vereinbarung

1. Mit Beschluss vom 09. Juli 2009 hat der Oö. Landtag die Oö. Landesregierung ermächtigt "Schulsozialarbeit der Jugendwohlfahrt Oberösterreich", nachfolgend kurz "SuSA" genannt, als einen sozialen Dienst der institutionsübergreifenden Hilfeplanung, einzurichten.
2. Grundlage und Inhalt dieser Vereinbarung bildet das beiliegende SuSA-Konzept in der jeweils geltenden Fassung, das einen integrierenden Bestandteil dieses Vertrages bildet. Die Rechtsgrundlage ist § 12 iVm § 4 Abs. 5 OÖ. JWG.
3. Mit dem gegenständlichen Vertrag soll die Finanzierung der durch die Stadt Steyr im Zusammenhang mit SuSA gemäß dem oben angeführten Konzept angebotenen Leistungen geregelt werden.

§ 2

Gegenstand, Dauer und Kündigung des Vertrages

1. Das Land Oberösterreich und die Stadt Steyr kommen überein, dass die Stadt Steyr für ihren Verwaltungsbezirk den sozialen Dienst SuSA betreibt.
2. Der gegenständliche Vertrag über die Finanzierung von SuSA wird unter der Bedingung, dass sowohl der Oö. Landtag im jeweiligen Landesvoranschlag als auch das zuständige Organ der Stadt Steyr die erforderlichen Mittel hierfür bewilligt – auf ein Jahr abgeschlossen und verlängert sich jeweils automatisch um ein weiteres Jahr. Das Kündigungsrecht gemäß Abs. 3 bleibt davon unberührt.
3. Der Vertrag kann jederzeit mit einer Kündigungsfrist von 3 Monaten zum Ende des Kalendermonats gekündigt werden. Die Aufkündigung ist schriftlich mitzuteilen. Im Fall der Kündigung erfolgt die Abrechnung der Personalkosten gemäß § 4 Abs. 2.

§ 3

Kostentragung, Finanzierungsumfang

1. Das Land Oberösterreich beteiligt sich – nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen an den Personalkosten von SuSA wie folgt:

Der Landtagsbeschluss vom 09. Juli 2009 sieht einen stufenweisen Aufbau vor, wobei die erste Ausbaustufe insgesamt 52 MitarbeiterInnen bzw. Personaleinheiten (PE) umfasst. Die Aufteilung dieser Mitarbeiter erfolgt nach dem sozioökonomischen Belastungsmodell der Abteilung Jugendwohlfahrt. Entsprechend diesem Modell entfallen 12 Personaleinheiten auf den Wirkungsbereich der Städte mit eigenem Statut. Davon wiederum entfallen 2 Personaleinheiten auf die Stadt Steyr. Das Land Oö. ersetzt der Stadt Steyr bei Vollendung der ersten Ausbaustufe maximal diese 2 PE.

Die finanzielle Beteiligung des Landes Oberösterreich an den Kosten der Stadt Steyr erfolgt entsprechend dem Aufbau der landeseigenen MitarbeiterInnen in den Bezirken. Das Ausmaß der finanziellen Beteiligung errechnet sich nach der Formel

$40/2 = \text{PE des Landes Oö. in den Bezirken} / \text{PE Magistrat Steyr}$

Der Kostenersatz je PE erfolgt auf Basis des Gehaltsansatzes eines/einer fiktiven MitarbeiterIn für das jeweilige Kalenderjahr gemäß § 28 Oö. Gehaltsgesetz 2001 in der Funktionslaufbahn LD 14 Gehaltsstufe 3 mit einer Gehaltszulage in Höhe von 50% auf die nächst höhere Funktionslaufbahn bezogen auf das jeweils aktuelle Jahr zuzüglich der Dienstgeber-Beiträge.

In einem ersten Schritt wird das Land Oberösterreich für das 4. Quartal 2010 16 Personaleinheiten in den Bezirken für SuSA bereitstellen. Dementsprechend beläuft sich die finanzielle Beteiligung des Landes Oö. an den Kosten der Stadt Steyr gemäß der oben dargestellten Formel auf 0,8 PE. Sobald das Land Oö. mehr PE in den Bezirken aufbaut, wird die Stadt Steyr gleichzeitig darüber informiert und der Finanzierungsanteil des Landes entsprechend der oben dargestellten Formel angepasst.

2. Bedingung für die vereinbarte Kostenbeteiligung ist, dass es in den SuSA-Präsenzschulen zu keiner Reduktion der pädagogischen Ressourcen kommt.

§ 4

Finanzrahmen und Zahlungsmodalitäten

1. Der gemäß § 3 in Kooperation mit der Stadt Steyr festgesetzte und vom Land Oberösterreich zu tragende Betrag wird vom Land Oberösterreich einmal jährlich im Nachhinein jeweils für das vorangegangene Kalenderjahr auf ein von der Stadt Steyr nach Vertragsunterfertigung bekannt zu gebendes Konto zur Anweisung gebracht: Die Überweisung erfolgt nach Rechnungslegung durch die Stadt Steyr jeweils zum Monatsersten des auf das Rechnungslegungsquartal übernächstfolgenden Quartals.
2. Im Fall der Kündigung des Vertrages erfolgt eine aliquote Abrechnung der Personalkosten. Die Zahlung des Restbetrages durch das Land Oberösterreich an die Stadt Steyr erfolgt auf die in Abs. 1 angeführte Weise.
3. Widmungswidrig verwendete oder zu Unrecht bezogene Mittel sind dem Land Oberösterreich umgehend zurückzuzahlen.

§ 5

Landesförderungen

Sämtliche in diesem Vertrag angeführte Landesförderungen erfolgen unter der Bedingung, dass der Oö. Landtag im jeweiligen Landesvoranschlag die erforderlichen Mittel hierfür bewilligt. Die Kündigungsfrist gemäß § 2 Abs. 3 bleibt davon unberührt.

§ 6

Aufgaben

Die Stadt Steyr verpflichtet sich gegenüber dem Land Oberösterreich zur Erfüllung der im SuSA-Konzept (§ 1 Abs. 2) angeführten Leistungen sowie zur Einhaltung der dort festgeschriebenen Grundsätze unter der Bedingung, dass der Gemeinderat der Stadt Steyr die erforderlichen Mittel im jeweiligen Voranschlag bewilligt.

§ 7

Qualitätssicherung und Evaluierung

1. Die Stadt Steyr stellt sicher, dass das Personal, das mit der Durchführung der Aufgaben bzw. Erbringung der Leistungen betraut ist, seinem Aufgabenbereich entsprechend fachlich ausgebildet und persönlich geeignet ist.
2. Es wird vereinbart, dass die Stadt Steyr dem durch das Land Oberösterreich mit der externen Evaluation beauftragten Unternehmen bzw. auch der Bezirksarbeitsgruppe die notwendigen Auskünfte erteilt sowie die benötigten Unterlagen, Daten und Informationen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zur Verfügung stellt.

§ 8

Allgemeine Bestimmungen

1. Die Vertragsparteien vereinbaren, dass der Gegenstand dieses Vertrags durch das gegenständliche Vertragswerk erschöpfend und – unbeschadet der Bestimmung gemäß Abs. 2 – abschließend geregelt ist. Alle aus früherer Zeit allenfalls noch bestehen-

- de, den Gegenstand dieses Vertrags betreffende mündliche oder schriftliche Vereinbarungen werden mit Inkrafttreten dieses Vertrags aufgehoben.
2. Die Vertragsparteien vereinbaren, dass Abänderungen und Ergänzungen des gegenständlichen Vertrages zu Ihrer Rechtsverbindlichkeit der Schriftform bedürfen.
 3. Der Gerichtsstand für alle sich aus diesem Vertrag ergebenden Rechtsstreitigkeiten ist Linz.
 4. Sollte eine Bestimmung des gegenständlichen Vertrages nichtig oder unwirksam sein oder werden, so ist die nichtige bzw. unwirksame Bestimmung von den Vertragspartnern durch eine solche wirksame Bestimmung zu ersetzen, die dem von den Vertragspartnern bei Abschluss des gegenständlichen Vertrages Gewollten rechtlich zulässigerweise am nächsten kommt. Das Gleiche gilt für Vertragslücken.
 5. Dieser Vertrag wird in zweifacher Ausfertigung errichtet, wobei beide Ausfertigungen von den Vertragsparteien zu unterfertigen sind. Je eine Ausfertigung dieses unterzeichneten Vertrages verbleibt bei den Vertragsparteien. Allfällige Kosten der Ausfertigung trägt jeder Vertragspartner selbst.

§ 9

Inkrafttreten

Der Vertrag tritt nach beiderseitiger Vertragsunterfertigung (eventuell rückwirkend) mit 01. Jänner 2011 in Kraft.

Diskussionsbeiträge von:

Gemeinderat Roman Eichhübl

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **28**

SPÖ 17 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Gerhard Bremm; Vbgm. Walter Oppl; StR Wilhelm Hauser; StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; GR Rudolf Blasi; GR Ernst Esterle; GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner; GRⁱⁿ Monika Freimund; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Ing. Franz-Michael Hingerl; GR Thomas Kaliba; GR Dr.med. Michael Schodermayr; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder; GR Mag. Erwin Schuster;)

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer; GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech; GR Mag. Wolfgang Glaser; GR Ing. Wolfgang Hack; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam; GRⁱⁿ Eva-Maria Wührleitner)

GRÜNE 3 – (GR Kurt Apfelthaler; GRⁱⁿ Mag. Elisabeth Gruber; GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Ablehnung: **6**

FPÖ 6 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GRⁱⁿ Beatrix Hesselberger; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindgruber)

Stimmenthaltungen: ---

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

11) Umw-4/98 Richtlinie zur Förderung von Solaranlagen; Neufassung

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Umweltschutz und Abfallwirtschaft vom 10. März 2011 wurde die in der Anlage beigeschlossene Solarförderrichtlinie der Stadt Steyr beschlossen.

Diese Solarförderrichtlinie tritt mit 01. Juni 2011 in Kraft und wird gemäß § 65 Abs. 1 STS durch zweiwöchigen Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr kundgemacht.

Solarförderrichtlinie

Richtlinie zur Förderung von thermischen und photovoltaischen Solaranlagen in der Stadt Steyr

Beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates vom 19. Mai 2011

§ 1 Gegenstand und Ziel der Förderung

- (1) Die Stadt Steyr gewährt eine entsprechende Förderung im Stadtgebiet von Steyr zum Schutze der Umwelt nach Maßgabe der hierfür im jeweiligen Haushaltsjahr zur Verfügung stehenden Mittel nach eigenem Ermessen.
- (2) Folgende Maßnahmen werden von der Stadt Steyr gefördert:
 - (a) Thermische Solaranlage:
Einbau von Beheizungs- und/oder Warmwasseraufbereitungsanlagen in Verbindung mit einer Anlage zur Nutzung der Solarenergie. Ausgenommen von der Förderung ist die ausschließliche Nutzung einer Solaranlage zum Zwecke einer Schwimmbadbeheizung
 - b) Photovoltaikanlage:
Einbau einer Photovoltaikanlage zur solaren Stromgewinnung mit Netzeinspeisung.

§ 2 Förderungsvoraussetzungen

- (1) Die Förderung ist auf das Gebiet der Stadt Steyr beschränkt.
- (2) Antragsberechtigt ist der jeweilige Haus- oder Wohnungseigentümer. Mieter, Pächter oder Leasingnehmer bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Liegenschafts- bzw. Gebäudeeigentümers.
- (3) Die Förderung wird nur für Wohnhäuser mit höchstens drei Wohnungen gewährt.
- (4) Die Förderung seitens der Stadt Steyr erfolgt nur dann, wenn die Förderung des Landes Oberösterreich für alternative Energiegewinnungsanlagen nachweislich gewährt und ausbezahlt wurde bzw. die Anlage nach dem Ökostromgesetz gefördert wird.

- (5) Für die geförderte Anlage darf keine weitere Förderung der Stadt Steyr in Anspruch genommen werden (Doppelförderung).
- (6) Die Stadt Steyr behält sich das Recht vor, in besonderen Ausnahmefällen (besondere Solarprojekte, soziale Härtefälle u. ä.) die Förderungsvoraussetzungen einzuschränken.

§ 3 Art und Höhe der Förderung

- (1) Die Förderung besteht aus der Gewährung eines einmaligen Geldzuschusses
- (2) Die Höhe der Förderung beträgt – abgesehen von Sonderfällen – 350,00 EUR.

§ 4 Widmungsgemäße Verwendung

- (1) Der Magistrat der Stadt Steyr ist berechtigt, die widmungsgemäße Verwendung von Zuschüssen jederzeit und ohne vorherige Ankündigung zu überprüfen. Der (die) Förderungswerber(in) ist verpflichtet, die im Zusammenhang mit der Überprüfung verlangten Nachweise in der geforderten Form fristgerecht zu erbringen.
- (2) Den vom Magistrat der Stadt Steyr beauftragten Organen ist die Einsicht in die Bücher und Originalbelege sowie die Kontrolle der geförderten Anlage zu gestatten.

§ 5 Rechtsanspruch

- (1) Es besteht kein Rechtsanspruch auf Förderung durch die Stadt Steyr.
- (2) Durch die Entgegennahme eines Förderungsansuchens erwachsen der Stadt Steyr keine wie immer gearteten Verpflichtungen.
- (3) Mit dem unterfertigten Förderungsantrag anerkennt der (die) Förderungswerber(in) diese Richtlinien.

§ 6 Antrag und Erledigung

- (1) Anträge auf Förderung sind nur mittels des vorgesehenen Formblatts an den Magistrat der Stadt Steyr zu richten. Die im Formblatt angeführten und zur weiteren Beurteilung des Antrages notwendigen Unterlagen sind fristgerecht beizubringen.
- (2) Über den Antrag entscheidet das nach dem Statut für die Stadt Steyr zuständige Organ. Der (die) Förderungswerber(in) ist von der Entscheidung schriftlich zu verständigen
- (3) Die Gewährung der Förderung kann zur Sicherstellung des Förderungszweckes mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden.

§ 7 Rückforderung der Förderung

- (1) Der gewährte Förderungsbetrag kann von der Stadt Steyr zurückgefordert werden, wenn
 - (a) die gewährten Förderungsmittel nicht bestimmungsgemäß verwendet wurden,

- (b) die mit der Förderung verbundenen Bedingungen und Auflagen nicht eingehalten wurden,
 - (c) sonstige Umstände eintreten, die den Zweck der Förderung zunichte machen,
 - (d) sich die Angaben des Förderungswerbers (der Förderungswerberin) als unrichtig herausstellen
- (2) Im Fall der Rückforderung sind die bereits geleisteten Förderungsmittel binnen zwei Monaten zuzüglich Verzinsung an die Stadt Steyr zurückzuzahlen.

§ 8 Inkrafttreten

- (1) Diese Richtlinie wird durch Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr kundgemacht und tritt mit 01. Juni 2011 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die am 07. Mai 1998 vom Gemeinderat der Stadt Steyr beschlossene Richtlinie zur Förderung von Solaranlagen außer Kraft.

Diskussionsbeiträge von:

Gemeinderat Kurt Apfelthaler

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

12) Umw-25/09 Umweltbericht 2009/2010.

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Der Umweltbericht 2009/2010 der Fachabteilung für Umweltschutz und Abfallwirtschaft wurde zur Kenntnis genommen.

Diskussionsbeiträge von:

*Gemeinderat Kurt Apfelthaler
Gemeinderat Roman Eichhübl
Gemeinderat Mag. Reinhard Kaufmann*

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 3
Vizebürgermeister Gunter Mayrhofer, Gemeinderat Mag. Erwin Schuster; Stadtrat Dr. Helmut Zöttl*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **31**

Zustimmung: **28**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Gerhard Bremm; Vbgm. Walter Oppl; StR Wilhelm Hauser; StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; GR Rudolf Blasi; GR Ernst Esterle; GRⁱⁿ Helga Feller-Höller; GRⁱⁿ Monika Freimund; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Ing. Franz-Michael Hingerl; GR Thomas Kaliba; GR Dr.med. Michael Schodermayr; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder)

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 7 – (GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech; GR Mag. Wolfgang Glaser; GR Ing. Wolfgang Hack; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam; GRⁱⁿ Eva-Maria Wührleitner)

FPÖ 5 – (GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GRⁱⁿ Beatrix Hesselberger; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber)

Ablehnung: ---

Stimmenthaltungen: **3**

GRÜNE 3 – (GR Kurt Apfelthaler; GRⁱⁿ Mag. Elisabeth Gruber; GR Mag. Reinhard Kaufmann)

13) Stw-54/11 Gas Handel, Erdgaspreisveränderung per 01.07.2011 aufgrund gestiegener Einkaufspreise (Basis = Prognose Econ Gas von 2-2011)

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 14.03.2011 wurde der Erdgaspreiserhöhung per 01.07.2011 **im Ausmaß von etwa 6,8 % bis 11,3 %** entsprechend der Beilage zugestimmt (Preiserhöhung Arbeitspreis Gas um 15,0 %, auch für Sonderpreiskunden).

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 6

Gemeinderat Ernst Esterle; Gemeinderätin MMag. Michaela Frech; Gemeinderat Thomas Kaliba; Vizebürgermeister Gunter Mayrhofer; Gemeinderat Mag. Erwin Schuster; Stadtrat Dr. Helmut Zöttl

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

14) Abfall-20/10 Mülldeponie der Stadt Steyr; Sicherstellung gem. § 47 der Deponieverordnung 2008; Abstimmungserfordernis gem. § 18 Abs. 3 Zif. 7 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, Genehmigungspflicht gem. § 78 Abs. 1 Zif. 3 leg. cit

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr vom 13.09.2010 wurde der Abgabe einer Haftungserklärung in Höhe von EUR 893.939,-- gegenüber dem Amt der Oö. vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigung zugestimmt.

Haftungserklärung der Stadt Steyr gemäß § 47 Deponieverordnung 2008 zur Sicherstellung der Deponie der Stadt Steyr

Die Stadt Steyr, vertreten durch das nach dem Statut für die Stadt Steyr zeichnungsberechtigte Organ, 4400 Steyr, Stadtplatz 27, erklärt hiermit rechtsverbindlich, eine Haftung im Sinne des § 47 Deponieverordnung 2008 zur Sicherstellung für die Deponie der Stadt Steyr in Höhe von € 839.939,-- mit sofortiger Wirksamkeit zu übernehmen.

Die Höhe dieser Sicherstellung wurde gem. § 48 Abs. 2b AWG 2002 seitens des Landes Oberösterreich berechnet und für den Zeitraum der Ablagerungs- und Stilllegungsphase mit

Bescheid vom 06.09.2010, UR-2006-876/209-Js/Ts, in vorgenannter Höhe festgesetzt. Nach der behördlichen Abnahme aller Stilllegungsmaßnahmen verringert sich der Sicherstellungsbetrag auf € 516.398,--.

Diese Haftungserklärung bleibt auch dann unverändert aufrecht, wenn die gegenständliche Deponie an eine Gesellschaft in welcher Form auch immer übertragen wird, an der die Stadt mehr als 50 % (fünfzig Prozent) der Gesellschaftsanteile hält. Wenn eine Übertragung der Deponie an eine Person, Personengruppe oder eine Gesellschaft, an der die Stadt nicht im angeführten Ausmaß beteiligt ist, erfolgt, steht der Stadt das Recht zu, diese Haftungserklärung durch schriftliche Erklärung zu widerrufen.

Das gemäß § 48 Abs. 2a AWG 2002 erforderliche Testat wurde von der Schwarz Kallinger Zwettler Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH, Bahnhofstraße 13, 4400 Steyr, am 28.04.2011 erstellt und ist dieser Haftungserklärung angeschlossen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 3

Vizebürgermeister Gunter Mayrhofer; Gemeinderat Mag. Erwin Schuster; Stadtrat Dr. Helmut Zöttl

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MARKUS SPÖCK:

15) BauBrüP-3/11 Verbreiterung der Zieglerbrücke; Änderung der Zahlungsmodalität; Dringlichkeit.

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 09. März 2011, womit gemäß § 49 Abs. 7 StS 1992 wegen Dringlichkeit Nachstehendes verfügt wurde, wurde genehmigt.

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 09. März 2011 wurde der Kreditüberschreitung im Zuge der 4. Teilrechnungs- und folgenden Schlussrechnungslegung für das Bauvorhaben „Verbreiterung Ziegler-Brücke“ in Höhe von maximal € 147.000,-- bei der vorgesehenen VSt 5/612000/002270 „Gemeindestraßen, Straßenbau Brückenerhaltung“ zugestimmt.

Die Bedeckung erfolgte durch die Einnahmen des vom Land OÖ getragenen 50 %igen Baukostenanteils auf der VSt. 6/612000/871000 „Gemeindestraßen; Kapitaltransferzahlungen von Ländern“.

B Ü R G E R M E I S T E R V E R F Ü G U N G

=====

Wegen Dringlichkeit gem. § 49 Abs. 7 StS 1992 des Statutes für die Stadt Steyr wird nachstehendes angeordnet:

„Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 09. März 2011 wird der Kreditüberschreitung im Zuge der 4. Teilrechnungs- und folgenden Schlussrechnungslegung für das Bauvorhaben „Verbreiterung Ziegler-Brücke“ in Höhe von maximal € 147.000,-- bei der vorgesehenen VSt 5/612000/002270 „Gemeindestraßen, Straßenbau Brückenerhaltung“ zugestimmt.

Die Bedeckung erfolgt durch die Einnahmen des vom Land OÖ getragenen 50 %igen Baukostenanteils auf der VSt. 6/612000/871000 „Gemeindestraßen; Kapitaltransferzahlungen von Ländern“.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 4

Gemeinderätin Helga Feller-Höllner; Gemeinderätin Birgit Schörkhuber; Gemeinderat Mag. Erwin Schuster; Stadträtin Ingrid Weixlberger

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

16) BauBrüP-2/11 Eisenbahnbrücke Garsten; Gehweg; Erneuerung des Korrosionsschutzes und Neubedienung

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 01. April 2011 wurde der Vergabe der Erneuerung des Korrosionsschutzes und der Holzbedienung am Gehweg der Eisenbahnbrücke Garsten in Höhe von EUR 64.799,45 inkl. MWSt. an die Fa. Bauschutz GmbH & CoKG, Wels, sowie der Freigabe von zusätzlich EUR 10.200,-- inkl. MWSt. für unvorhersehbare Schwierigkeiten und Sicherungsmaßnahmen im Bahnbereich, zugestimmt.

Die Mittelaufbringung im Gesamtausmaß von EUR 75.000,-- erfolgt bei der vorgesehenen VSt. 5/612100/002000 „Fuß- und Radwege; Straßenbau Fuß- und Radübergänge“.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 75.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wurde. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 4

Gemeinderätin Helga Feller-Höllner; Gemeinderätin Rosa Hieß; Gemeinderätin Birgit Schörkhuber; Gemeinderat Mag. Erwin Schuster

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

17) K-1/11 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2011; „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“; „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung, vom 05. April 2011 wurde der Subventionierung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege in einer Höhe von € 150.000,-- zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel sind bei der VA-Stelle 5/363000/778000 für 2011 vorgesehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 95.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wurde. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 5

Gemeinderätin Helga Feller-Höllner; Gemeinderätin Beatrix Hesselberger; Gemeinderätin Rosa Hieß; Gemeinderätin Birgit Schörkhuber; Gemeinderat Mag. Erwin Schuster

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**20) Fin-42/11 Volkshilfe Steyr; Tageszentrum „Lichtblick“ Münchenholz;
Subventionsansuchen für den laufenden Betrieb 2011**

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste vom 28. März 2011 wurde der Volkshilfe Steyr, Leharstraße 24, für den laufenden Betrieb des Tageszentrums „Lichtblick“ im Jahr 2011 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von
€79.000,--

(Euro neunundsiebzigtausend)

gewährt. Die Auszahlung soll in zwei Teilbeträgen in Höhe von je € 39.500,-- (1. Teilzahlung im Mai 2011, 2. Teilzahlung im November 2011) erfolgen.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 1/424000/757100 V4/11 freigegeben.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend. 1
Gemeinderat Mag. Erwin Schuster*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**21) Fin-31/11 Festlegung des Bedarfes an privaten Kindergartenplätzen
für die Kindergartenjahre 2010/11 und 2011/12.**

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 04.05.2011 wurden folgende Kindergärten privater Rechtsträger als Bedarfskindergärten im Sinne des OÖ Kindergartengesetzes für die Kindergartenjahre 2010/11 und 2011/12 festgelegt:

Caritas-Kindergarten Münchenholz:	3 Gruppen
Caritas-Kindergarten Wieserfeldplatz:	3 Gruppen
Rudigierkindergarten:	2 Gruppen
Kinderfreunde-Kindergarten Ennsleite:	1 Gruppe
Waldorfkindergarten Fabrikinsel:	2 Gruppen
Waldorfkindergarten Schlüsselhof:	1 Gruppe
Hort St. Anna:	5 Gruppen
Krabbelstrube Drehscheibe Kind:	4 Gruppen
Krabbelstube Kinderfreunde Waldrandsiedlung:	2 Gruppen

Hinsichtlich der Voraussetzung der Anerkennung der beiden Waldorf-Kindergärten wurde die im Amtsbericht enthaltene Darstellung verwiesen und dem Beschluss zugrunde gelegt.

Gleichzeitig wurde den Rechtsträgern dieser privaten Kindergärten zur Aufrechterhaltung des Kindergartenbetriebes eine Vorauszahlung auf den von der Stadt zu deckenden jährlichen Betriebsabgang für das Kindergartenjahr 2010/11 in folgender Höhe gewährt:

Kindergärten

Betreiber	Auszahlungsbetrag
r.k. Pfarre Steyr-Münichholz Caritaskdg. Münichholz	€ 48.640,00
Pfarre St. Michael Caritaskdg. Wieserfeldplatz	€ 20.000,00
Schulverein d. Kreuz- schwestern Rudigier-Kindergarten	€ 34.240,00
Österreichische Kinderfreunde Kinderfreunde-Kdg. Ennsleite	€ 16.480,00
Freunde der Waldorfpädagogik Waldorf-Kdg. Fabrikinsel	€ -
Verein Freier Waldorfkinderg. Waldorf-Kdg. Schlüsselhof	€ 3.860,00

Hort

Vereinigung d. Ordensschulen Ö. Hort St. Anna	€ 2.600,00
---	------------

Krabbelstuben

Drehscheibe Kind	€ 47.068,10
Österreichische Kinderfreunde Krabbelstube Kinderfreunde	€ 23.436,00
Gesamtauszahlung	€ 196.324,10

Zur Bedeckung der hierfür aufzuwendenden Ausgaben wurde bei der VA-Stelle 1/240000/757000 eine Mittelfreigabe von EUR 3.000,- und bei dieser VA-Stelle eine Kreditüberschreitung in Höhe von 120.300,- sowie bei der VA-Stelle 1/439000/757200 eine Mittelfreigabe von EUR 7.000,- und bei dieser VA-Stelle eine Kreditüberschreitung in Höhe von 63.500,- bewilligt. Weiters wurde bei der VA-Stelle 1/250000/757000 der Betrag von EUR 2.600,- freigegeben.

Die Deckung der Kreditüberschreitungen hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Diskussionsbeiträge von:

Gemeinderat Roman Eichhübl

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:

22) VerkR-421/11

Novellierung der Parkgebührenverordnung der Stadt Steyr.

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Bezirksverwaltungsangelegenheiten vom 28. April 2011 wurde die in der Anlage beigeschlossene Verordnung mit der die Verordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 06. Juli 2006 betreffend die Neufassung der Verordnung über die Einhebung einer Gemeindeabgabe für das Abstellen von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in als gebührenpflichtig gekennzeichneten Kurzparkzonen (Parkgebührenverordnung der Stadt Steyr) geändert und genehmigt.

Die Verordnung ist durch einen zweiwöchigen Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr kundzumachen und tritt am 01. Juli 2011 in Kraft.

Verordnung

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 19. Mai 2011, mit der die Verordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 6. Juli 2006 betreffend die Neufassung der Verordnung über die Einhebung einer Gemeindeabgabe für das Abstellen von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in als gebührenpflichtig gekennzeichneten Kurzparkzonen (Parkgebührenverordnung der Stadt Steyr) geändert wurde.

Gemäß § 1 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 Oö. Parkgebührengesetz, LGBl. Nr. 28/1988, i.d.g.F., wird verordnet:

Artikel I

(1) § 3 Abs. 2 lautet:

Die Abgabenbehörde und jene Behörde, die zur Ahndung einer Verwaltungsübertretung nach dem Oö. Parkgebührengesetz zuständig ist, können Auskünfte darüber verlangen, wer ein nach dem Kennzeichen bestimmtes mehrspuriges Kraftfahrzeug zuletzt vor einem bestimmten Zeitpunkt gelenkt und in einer gebührenpflichtigen Kurzparkzone oder auf einem gebührenpflichtigen Parkplatz abgestellt hat. Diese Auskünfte, welche den Namen, das Geburtsdatum und die Anschrift der betreffenden Person enthalten müssen, hat der Zulassungsbesitzer, wenn dieser geschäftsunfähig oder beschränkt geschäftsfähig ist, sein gesetzlicher Vertreter, oder jeder, der einem Dritten das Lenken eines mehrspurigen Kraftfahrzeugs überlässt, zu erteilen.

Können diese Personen die Auskunft nicht erteilen, haben sie die Person zu benennen, die die Auskunft erteilen kann; diese trifft dann die Auskunftspflicht. Die Angaben des Auskunftspflichtigen entbinden die Behörde nicht, diese Angaben zu überprüfen, wenn dies nach den Umständen des Falles geboten scheint.

Die Auskunft ist unverzüglich, im Fall einer schriftlichen Aufforderung innerhalb von zwei Wochen nach deren Zustellung zu erteilen. Wenn eine solche Auskunft ohne entsprechende Aufzeichnungen nicht gegeben werden könnte, sind Aufzeichnungen zu führen.

(2) § 8 Abs. 2 lautet:

Bei allen mit Strafe bedrohten Verwaltungsübertretungen gem. § 6 Oö. Parkgebührengesetz, LGBl.Nr. 28/1988 i.d.g.F., ist vorerst eine Organstrafverfügung in der Höhe von Euro 25,- zu verhängen

Artikel II

Diese Verordnung ist durch einen zweiwöchigen Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr kundzumachen und tritt am 01. Juli 2011 in Kraft.

Diskussionsbeiträge von:

Gemeinderätin MMag. Michaela Frech
Gemeinderat Thomas Kaliba
Gemeinderat Roman Eichhübl
Vizebürgermeister Gunter Mayrhofer
Gemeinderätin MMag. Michaela Frech

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **26**

SPÖ 17 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Gerhard Bremm; Vbgm. Walter Oppl; StR Wilhelm Hauser; StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; GR Rudolf Blasi; GR Ernst Esterle; GRⁱⁿ Helga Feller-Höller; GRⁱⁿ Monika Freimund; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Ing. Franz-Michael Hingerl; GR Thomas Kaliba; GR Dr.med. Michael Schodermayr; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder; GR Mag. Erwin Schuster)

FPÖ 6 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GRⁱⁿ Beatrix Hesselberger; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber)

GRÜNE 3 – (GR Kurt Apfelthaler; GRⁱⁿ Mag. Elisabeth Gruber; GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Ablehnung: **8**

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer; GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech; GR Mag. Wolfgang Glaser; GR Ing. Wolfgang Hack; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam; GRⁱⁿ Eva-Maria Wührleitner)

Stimmenthaltungen: ---

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Verhandlungsgegenstände	€ 2,018.500,--
Kenntnisnahme von Beschlüssen	€ 12.500,--
Somit insgesamt	<u>€ 2,031.000,--</u>

ENDE DER SITZUNG UM 16.15 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Gerald Hackl

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

MD OSR Dr. Kurt Schmidl e.h.

Brigitte Schwarz e.h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech e.h.

GR Dr. Michael Schodermayr e.h.